

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonntage und Feiertage.

Abonnementpreise:
monatlich 50 J., vierteljährlich 1 30 J.,
jährlich 5 00 J. in Cass. Durch
die Post bezogen 1 85 J.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezogen, kostet
monatlich 10 J., vierteljährlich 30 J.

Volksblatt

Insertionsgebühren
betragen für die Spalten
Beitrag über deren Raum
15 J., für Belegungs-
Bereits- und Belegungs-
anzeigen 10 J.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 J.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition abgegeben sein.

Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 7801.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißfels-Zeit,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047.

Redaktion und Expedition: Geißstraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telegraph-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Telephon-Nr. 1047.

Nr. 25.

Halle a. S., Sonntag den 30. Januar 1898

9. Jahrg.

Der Koalitionszwang in der Praxis.

Mit dem Geheimverbot des Grafen Pojadowsky ist wieder eine Flutwelle von Kraftausdrücken über Bergewaltung der Arbeitsschichten, über Terrorismus der Streikenden, über Tyrannei ihrer Führer ausgeföhrt worden. Wenn man den Geheimverbot oder gar die daran geknüpften Ergüsse in der Stimmlosen Presse liest, so sollte man wirklich glauben, daß die Arbeiter, die in Deutschland einen Streik inwiefern, lauter Gewalttätigen seien. Sämtlich man aber eine Verhärtung der Geheißung für notwendig, so sollte man, statt in „tenenzijder Weise“ Material zu sammeln, sich zunächst doch einmal über die Hauptfrage klar werden: ob es denn wahr ist, daß es bei den Streiks in Deutschland so gewaltthätig zugeht. Nun hat zwar das Reichsamt des Innern unter dem Grafen Pojadowsky so wenig wie unter seinen Vorgängern für eine brauchbare Streikstatistik irgend etwas geleistet. Allein es giebt doch gewisse Anhaltspunkte, die uns zu einem Urteil darüber verhelfen.

Seit einigen Jahren zählt die Generalcommission der deutschen Gewerkschaften in Hamburg die ihr angemeldeten Streiks. Andererseits stellt die Kriminalstatistik des statistischen Reichsamts die Zahl der Verurtheilungen, die auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung wegen Ausschreitungen bei Ausübung des Koalitionsrechts bestraft worden sind. Daraus ergibt sich folgende Tabelle:

Jahr	Streiks	Beteiligte Personen	Bestrafte Personen	Auf 1000 Beteiligte
1892	73	3 022	74	24,5
1893	116	9 356	98	4,1
1894	131	7 328	47	6,4
1895	204	14 032	93	6,6
1896	489	128 808	252	2,0
Summa 1007	162 546	504	3,1	

Es kamen also, wie die Frankfurt Zeitung schreibt, auf Personen, die an Streiks beteiligt waren, 1892 24,5 Bestrafte, 1896 nur 2,0. Nun wollen wir zwar auf die Abnahme kein Gewicht legen; denn sie kann leicht davon herrühren, daß bei der fortschreitenden Organisation der Gewerkschaften von Jahr zu Jahr ein größerer Teil der stattfindenden Streiks zur Anmeldung gelangt. Allein ein desto größerer Gewicht legen wir darauf, daß im Durchschnitt der 5 Jahre auf 1000 Personen, die nach diesen Meldungen an Streiks beteiligt waren, überhaupt nur 3,1 kamen, die zu einer Bestrafung Anlaß gaben. Das heißt: trotz allem Eifer der Staatsanwaltschaft, trotz eines Spürnetzes der Polizei, wie er sich nur in wenig anderen Dingen entwickelt, trotz einer immer ausgedehnter werdenden Registrierung der Gerichte in den Streikbeständen, haben fast alle Streikenden die Probe ihrer Gesetzmäßigkeit bestanden. Wenn trotz der weiten Festlegung dieser Paragraphen, und trotz der noch immer ausweichenden Rechtsprechung von 1000 Streikenden nur drei bestraft werden können und gegen 997 nichts vorzubringen ist, so heißt das mit anderen Worten: streikende Arbeiter sind nicht anders als andere Menschen; sie gehen im großen und ganzen geizmäßig vor; nur ab und zu, wie bei jeder großen Veranstaltung, kommt auch eine Verletzung von Gesetzen vor.

Nun ist aber in Wahrheit der Pro-Mille-Satz der bestraften Streikenden noch sehr viel geringer. Denn die 504 Straffälle kommen in Wahrheit nicht auf die 162 546 gewerkschaftlich gemeldeten Streikenden, sondern auf die Gesamtzahl der Streikenden überhaupt. Wie groß diese Gesamtzahl ist, wissen wir nicht. So fragmentarisch aber auch die amtliche Streikstatistik ist, so giebt sie doch einen gewissen Anhalt, um wenigstens mit Sicherheit festzustellen, daß die Zahl der Streiks größer ist, als die gewerkschaftlichen Meldungen. In Preußen ist längere Zeit hindurch eine gewisse Streikstatistik durch die Regierungs-Präsidenten aufgenommen worden. Bruchstücke wurden durch Oberberg, im Supplementband des Handbuchs der Statistik veröffentlicht. Da diese Statistik nach Jahrgängen, April-Oktober und Oktober-April aufgestellt ist, so kann man sie nicht ganz genau mit der Hamburger vergleichen, welche nach Kalenderjahren geht. Sept. man aber den Zeitraum 1892—1894 ungefähr gleich dem Zeitraum von Oktober 1891 bis Oktober 1894, so ergibt sich nach der Statistik der Regierungspräsidenten für Preußen die folgende Tabelle:

Zeitraum	Streiks	Beteiligte Personen
Oktober 1891 bis April 1892	99	7787
April 1892 bis Oktober 1892	99	7878
Oktober 1892 bis April 1893	116	55882
April 1893 bis Oktober 1893	74	4070
Oktober 1893 bis April 1894	48	2835
April 1894 bis Oktober 1894	127	9754
Summa	563	88306

Rechnet man die Zahlen von Preußen auf das Reich nach dem Verhältnis von 3 zu 5 um, so würden sich für den dreijährigen Zeitraum für das Reich ergeben 938 Streiks mit 147 010 Beteiligten, während die Hamburger Statistik

für diese Zeit nur anführt 320 Streiks und 19 706 Beteiligte. Die Zahl der Bestrafen in jenen drei Jahren betrug 74 + 38 + 47 = 159. Danach läme auf 1000 streikende Arbeiter nur etwa ein Straffall. Und so wenig wir geneigt sind, jenen Rotzweifel als eine gute Statistik gelten zu lassen, so viel geht doch schon aus der unvollkommenen Statistik hervor, daß der vielberufene „Terrorismus“ in der Praxis der Streikbewegung eine ganz untergeordnete Rolle spielt.

Sollte eine Negierung sich nicht darüber freuen, daß die Arbeiterbewegungen so gefählich verlaufen, statt darauf bedacht zu sein, die Strafgeseze so zu erweitern, daß nur ja eine größere Anzahl von Straffällen ergibt wird?

Tagesgeschichte.

Der Kaiser hat eine Tabelle über die Seekreistkräfte Japans, Rußlands und Deutschlands in Ostasien gezeichnet und den Ministern und höheren Marineoffizieren Berieselungen zugestellt.

Zur Frage der chinesischen Landarbeiter bemerkt das Leipz. Tagebl.:

Die sozialdemokratische Partei wird bei der bevorstehenden Bahngation ohne Zweifel im Hinblick auf die Erwerbung von Aach Eisen das Gespenst der Chinesen-Ginlitz sehr heftig an die Wand malen. Es erscheint uns daher unerläßlich, daß die Regierung diesem Verstand, Wahlfähigen zu ergetzen, so bald als möglich mit dem größten Nachdruck entgegentritt und ihre Entschlossenheit erklärt, das Aufkommen einer „Chinesenfrage“ für das Deutsche Reich auf dem Wege der Geheißgebung von vornherein unmöglich zu machen. Wir sind ganz einverstanden, man nehme uns alle Waffen der Agitation, indem man die Wünsche der Arbeiter erfüllt. Freilich gemöhnlichen Verprügungen wie denen über das Vereinsrecht und über die Militär-Strafprozeß-Ordnung traut heute auch der oberste hiesige Landarbeiter nicht mehr. Das bedeuere man dabei.

Postales von Herrn von Bobdielek. Staatssekretär von Bobdielek hat nach den jetzt festgestellten Protokollen der Budgetcommission in Bezug auf die Reform der Personalverhältnisse der Postbeamten u. a. nördlich die nach folgenden Erklärungen abgegeben:

„Der Abschluß der Tarifreformen auf dem Gebiete des Postwesens und des Fernsprechwesens habe ich die Ansicht, in die Erörterungen über die als notwendig erachtete Reform der Personalverhältnisse der Postverwaltung einzutreten. Ich bin für eine strenge Scheidung der oberen und der mittleren Beamtenanstellungen. Man beachte und richtige Beamte aus der Mithienentlastung zu weiteren Streben anzuregen, wobei ihnen vornehmlich die Aussicht auf das Erwerben in höherer Dienststellungen, als ihnen jetzt zugänglich sind, eröffnet werden können.“

„Mädchen und kinderlose Witwen bedürftige ist in weitem Umfang als Leichter im Post- und Telegraphendienst zu verwenden. Jetzt werden sie fast ausschließlich im Fernsprechdienst beschäftigt. Ich werde ich namentlich auch zum Vergleich mit den Telegraphenanstalten und bei Beamten mit bedeutenderem Telegraphenbetriebsstellen, so wie zum Gehilfenstand bei Postämtern zu ziehen.“

„Ferner bedürftige ist, von den Unterbeamten solche auszuweisen, denen schwierige und veranwortungsvolle Verordnungen, beispielsweise die Leitung des Lehrerbetriebs auf der Bahnhöfen, obliegen. Für diese Unterbeamten wird sich, wie ich hoffe, eine Befreiung in der Postverwaltung erreichen lassen.“

Ferner gab der Staatssekretär in Bezug auf die Unterbeamten folgende Erklärung ab:

„1. Die Rüdigungsfrist für die noch nicht auf Lebenszeit angestellten Postbeamten soll von vier Wochen auf drei Monate erweitert werden. 2. Ist erfolgt die Anstellung der Postbeamten auf Lebenszeit (also ohne Widerruf) 12 Jahre nach der etwa abgelaufenen Anstellung. Diese Frist soll auf 8 Jahre ermäßigt werden.“

Endlich legte in Bezug auf die Urlaubsverhältnisse und in Bezug auf die Landbriefträger nachfolgende Erklärung vor:

„Bezüglich des Urlaubs haben die Beamten, die in freier Luft arbeiten, nicht das Bedürfnis wie die Bureaubeamten. Der letztere ist auch in favorablen Weise Versorgung getroffen. Für die Landbriefträger ist die Stellung des Lehrerbetriebs auf der Bahnhöfen, obliegen. Für diese Unterbeamten wird sich, wie ich hoffe, eine Befreiung in der Postverwaltung erreichen lassen.“

Wir werden noch näher auf alle diese „Reformen“ später eingehen haben.

Die Unterbeamten werden soeben recht fähig über den Wert des Reichstags- und den Unwert des preussischen Landtags-Wahlrechtes belehrt. Im Reich ist in Preußen ist für ziemlich beträchtliche Schichten von kleinen Beamten die Beförderungserleichterung noch im Rückstande, die sonst allgemein durchgeföhrt wurde. Im Reichstage hatte eine Resolution vom 26. Mai des Vorjahres verlangt: von 1898/99 ab den jetzt bestehenden Unterschied zwischen den vor und nach dem 1. April 1895 eingetretenen Unterbeamten zu gunsten der jetzt schlechter ge-

stellten zu beseitigen und für sämtliche Beamten dieser Klasse die Beförderung auf 900 bis 1500 Mk., in achtzehn Jahren steigend, festzusetzen; ferner sollten die Landbriefträger 700 bis 1000 Mk., ebenfalls in 18 Jahren zu erreichen, bestehen. Das preussische Abgeordnetenhaus sprach sich im Vorjahre viel unbestimmter und unentschiedener dahin aus,

„baldmöglichst eine Ausgleichung der bei einzelnen Kategorien von Unterbeamten hervorgetretenen Härten und Ungleichheiten herbeizuföhren und zu diesem Zwecke dem Abgeordnetenhaus eine Vorlage zugehen zu lassen.“

Die Regierung behandelte diese Wünsche wie gewöhnlich von oben herab. Der Reichstag steht wohl 6000 Mk. mehr für die Staatssekretäre und 46000 Mk. mehr für den Reichsfanzler, dazu noch Pferdegeheiß für die Regimentskommandeure vor, imübrigen läßt er alles beim alten. Der preussische Etat widmet den unglücklichen Landräten eine zweite Dienstverabreichung, weiter den Förkern eine Gehaltsverbesserung; auch die Geistlichen werden demnach etwas tiefer aus der Staatskassette schöpfen; die misera plebs der bisher noch nicht aufgeföhrteten Beamten läßt man auch jetzt wieder ruhig drausen vor der Thür stehen. Herr v. Mikul und der Graf Kimburg Strum herrschen sie logen an, nicht agitatorisch etwas zu verlangen, was sie nur unternähigst erfüllen dürfen. Man weiß, daß diese Unterbeamten Grund zur Unzufriedenheit haben, aber bei öffentlicher Stimmabgabe hat man die Unzufriedenheit stets an der Kette.

Bei der geheimen Reichstagswahl dagegen nicht; hier wird auch der Unzufriedenheit zeitweilig zum freien Mann. Das gleiche Wahlsrecht hat zudem die oppositionellen Parteien im Reichstage wesentlich anders gestellt wie in der Dreiklassen-Kammer, in der sie gegen die kompakte Regierungsmehrheit ganz vergraben sind. Damit ist im Reich sofort ein lebhafteres Tempo in die ganze Angelegenheit gekommen; besonders haben sich die sozialdemokratischen Vertreter darum verdient gemacht. Die Budgetcommission schlägt nunmehr für die Postverwaltung vor:

von der geforderten Summe der Beförderung des Staatssekretärs 6000 Mk. zu streichen“ und den Titel nur in Höhe von 24000 Mark zu bemilligen;

den Herrn Reichsfanzler zu eruchen, das Anfangsgehalt der Postunterbeamten — Titel 25 des Etats — von 800 Mk. auf 900 Mk. zu erhöhen;

den Herrn Reichsfanzler zu eruchen, das Endgehalt der Landbriefträger von 900 Mk. auf 1000 Mk. zu erhöhen.

Die nötigen Mittel sollen sofort in einem Ergänzungsetat nachgefordert werden; nur unter Erfüllung dieser Voraussetzungen würde dann auch Herr v. Bobdielek die ihm zugesagte Gehaltsverbesserung bekommen. Der ganze Mehraufwand für die Beamten würde noch lange nicht 1 1/2 Millionen Mark ausmachen! Für Militärzwecke würde man die Summe kaum beachten, für Kulturzwecke scheint man sich vor solchen Ausgaben.

Bruder Agarrier und Bruder Zünftler marschieren beiläufiglich Arm in Arm, um „den Mittelstand zu retten.“

Wie die Zünftler das in der Praxis verstehen, so es sich um ihren Profit handelt, lehnt eine Mitteilung der Bäder-Zeitung. Darin wird die Abredung der Wirtschaftsgenossenschaft der Bäder-Genossenschaft Germania zu Berlin mitgeteilt. Diese Genossenschaft ist für den gemeinsamen Besitz der Bädergründe gegründet worden und liefert im übrigen sehr günstige Resultate. Aber vor allem interessant sind folgende Bitten der Abredung: die Genossenschaft hat bezogen in den Jahren 1896 und 1897: 2300 bzw. 2900 Renner Rattarbuter, dagegen in der letzten Periode: 4500 bzw. 6450 Bunter Margarine und diverse Fett.

Also die beiden Fettungsbädermeister brauchen viel mehr Margarine als Butter. Sie werden sich deshalb wohl sehr begeistern für den agrarischen Vorschlag, alle mit Margarine zubereiteten Nahrungsmittel öffentlich kennlich zu machen. Die Agrarier wollen die Butterproduktion fördern durch Eigenanerkennung der Margarine, was sie nicht hindert, ihren eigenen Arbeitern Margarine statt Butter zu geben. Und die Bäder, die auch den Mittelstand auf dem Lande retten helfen wollen, verbaden hauptsächlich Margarine und unterbinden den Bauern den Butterabtrieb. Und dieselben Bädermeister, die als „Mittelstandsbetter“ einstimmten in das Geheiß gegen die Konsumgenossenschaften, gründen selbst Genossenschaften zum gemeinschaftlichen Bezug ihrer Bedürfnisse, was sie den Konsumanten verwehren wollen. Soll man über diese heuchlerische Politik lachen oder sich ärgern?

Die Verurteilung des Kladderadatsch wird in der Presse lebhaft besprochen. Die Organe aller Parteien, mit Ausnahme der ganz reaktionären, sind sich darüber einig, daß eine weitere Ausdehnung des Reichstagsbeleidigungs-Paragraphen durchaus nicht von Nutzen für das Recht der Kritik ist. Interessant ist, was die Berliner demokratische Volkszeitung sagt:

„Die Thatfache, daß der Majestätsbeleidigungs-Paragraph einen Mann treffen kann, dessen Königsrechte niemals angegriffen worden ist, der sich bei zahlreichen patriotischen Festlichkeiten durch seine Kameradschaft und durch seine Artigkeit nicht ohne eine Menge der Wohlwörter erwehnen hat — diese Thatfache

in ungemein befehrer Belle, viel drastischer, als es un-
jüngliche Detailkritik thun können, wie sehr dieser Paragraph in
seiner gegenwärtigen Form unzulässig geworden ist. Der Vorschlag
macht auch diejenige Kritik kraßbar, welche ein streng monarchi-
sch gefärbter Mann ohne jeden Dolos, in der glaubwürdigsten
Absicht, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, durch seinen
Ehrgefühl als publizistischer Vorkämpfer zu üben sich gedrängt fühlt. Es
wird wenigstens in Deutschland gehen, die da glauben,
durch Vorkämpfer, wie der gefürchte einer war, werde der monar-
chische Charakter irgenwo mehr befördert oder gefördert werden.
Der Mann die verhängte Strafe nicht einmal den Juch haben,
den Beurteilten zu „bessern“; denn der Beurteilte ist bereits ein
überzeugter Monarchist: sie wird auch hinsichtlich des Erfolgs haben,
abzuschrecken“; denn für wirklich monarchische Männer bedarf es
keines Abschreckungsmittels, um sie vor der Begehung von Majestäts-
beleidigungen zu warnen. Wenn aber schon solche Alibis
und solche Anfechtungen, wie sie dem Angelegten gehen als Un-
würdig angesehen worden sind, als strafbar befunden werden,
so läßt sich ohnehin auch der feinstrenge Mann Gefahr, zu strafen,
wenn er sich überhaupt in eine Kritik der Worte oder Handlungen
des Monarchen einläßt, sei sie so milde, zurückhaltend und
respektvoll, wie sie will. Dadurch wird aber der Majestäts-
beleidigungs-Paragraph in einer Weise für die Kritik
schicklich in. Im Interesse des monarchischen Ge-
dankens liegt daher der Zustand nicht; denn alles, was an die Schranken
lediger Unvollkommenheit gebunden ist, bedarf der Kritik zur
Förderung der Selbstkenntnis, die ihrerseits der Ausgangspunkt
für zum Streben nach dem Vollkommenen.

Das eine Gute ist vielleicht durch den Vorschlag erzielt
worden: Er hat Hunderttausenden derart überzeugt, daß sie
mit uns für Aufhebung desselben sind.

Der Streit im händlichen Lager. Wie dem Gann.
Courier aus Witten i. W. geschrieben wird, hat dieser Tage
in dem benachbarten Dorfe Siedemeren eine Versammlung
des Bundes der Landwirte stattgefunden, in der man
sich, trotz des lebhaften Widerspruches des anwesenden Präsi-
dents der Konfessionen, Freiherrn v. d. Med, dafür entschied,
nicht mehr für die bisherigen konfessionellen Reichstagsabge-
ordneten Grafen Noon einzutreten, sondern einen eigenen
Landesparlamentarier in der Person des Landwirts Stille-
Rantfanten aufzustellen.

Wie schon und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig bei-
ammenwohnen!

Die sozialdemokratische Landtagsdelegation in
Bairern hat in der Kammer zwei Anträge eingebracht, in
denen die Regierung ersucht wird, der Kammer statistische
Uebersichten vorzulegen über die Lohn- und Arbeitszeiten
der vom Staate beschäftigten Arbeiter, sowie über
die Anstellungen- und Gehaltsverhältnisse der ohne feste An-
stellung im Staatsdienst verwendeten Kandidaten, Aspiranten,
Praktikanten, Assistenten etc. Wir verlangen Licht über die
vom Staate betriebene Arbeiter- und Lehrlings-Ausbildung.
Bei der geplanten Reorganisation der Beamtenbeholdungen
dürfen diese dunklen Seiten der Staatswirtschaft nicht un-
beleuchtet bleiben.

Inselnd.

Schweden. Dem Reichstage ist ein neuer Gesetzentwurf,
betreffend eine Altersversorgung der Arbeiter, zu-
gegangen.

Der Entwurf beruht im wesentlichen auf den Ermittlungen
des 1895 eingeleiteten sogenannten „Neuen Arbeiterversiche-
rungskomitees“.

Die Altersversicherung ist eine obligatorische. Sie soll
alle in Stellung befindlichen Arbeiter umfassen, Männer und
Frauen, zwischen dem 18. und 65. Lebensjahre, die nicht
mehr als 1800 Kronen (2025 M.) Lohn haben. Die Versiche-
rung erfolgt bei einretternde Invalidität nach dem
60. Jahre oder bei dem 65. Lebensjahre. (Für früher ein-
tretende Invalidität soll ein besonderes Unfallversicherungs-
Gesetz geschaffen werden.) Die Versicherten zerfallen in drei
Klassen: 1. Männer mit über 10 Kronen (11.25 Mark)
Wochenlohn, 2. Männer mit weniger Wochenlohn, 3. Frauen.
Die Arbeitgeber sind von allen Beiträgen befreit.

Die Arbeiter zahlen: 20 (22 1/2 %), 15 (16 1/2 %),
resp. 10 Oere (11 1/2 %) der Woche bis zum 50. Lebens-
jahre, dann sind sie beitragsfrei. Den Rest zahlt der
Staat, also wieder die Arbeiter, da sie doch beghalm-
mäßig die meisten Steuern aufbringen müssen! Alle Per-
sonen über dreißig Jahre werden nicht aufgenommen.
Die auf konplizierte Weise berechnete Rente beträgt:

bei 50jährigen 108 resp. 77 resp. 52 Kronen (à 1 1/4 M.)
- 80 - 136 - 102 - 85 -
- 60 - 170 - 127 - 86 -
- 65 - 203 - 152 - 102 -

Daneben soll noch eine freiwillige Versicherung eingerichtet
werden, der sowohl die Jüngerer- als auch alle
anderen angehören können. Auch hierbei leistet der Staat
die notwendigen Zuschüsse. Niemand darf aber einen höheren
Jahresbeitrag als 12 Kronen leisten. Die Zahlrente hier-
für würde 234 Kronen betragen.

Die Totalkosten werden geschätzt für die Arbeiter anfangs
auf 2 033 000 Kronen, die bis auf 3 668 000 Kronen steigen
werden, und für den Staat von 1 927 000 bis 3 234 000
Kronen.

Daß der Antrag in dieser Form für die gegenwärtige
Arbeitergeneration fast verlosch ist, wenn alle über 30 Jahre
alten ausgeschlossen sein sollen, versteht sich von selbst. Daß
ferner die erlangbaren Pensionen auch nicht das kleinste
Existenzminimum bieten und daher ziemlich wertlos sind,
ist ebenfalls klar. Vor allem aber ist der Antrag insofern
charakteristisch, als es einfach den Arbeitern selbst über-
lassen wird, die Beiträge für ihre Pensionierungen aufzu-
bringen.

Rußland. Arbeiterunruhen. Aus Petersburg wird
berichtet. Kor. gemeldet: In dem Industriebezirk Iwan-
nowo Wosnesensk des Gouvernements Wladimir ist es wäh-
rend der letzten Wochen abermals zu größeren Arbeitseinstel-
lungen und heftigen Zusammenstößen zwischen den Arbeiter-
massen und dem Militär gekommen. Wie immer, so wird
auch diesmal über die Vorgänge das tiefste Stillschweigen
beobachtet, und die Zeitungen dürfen über die Einzelheiten
nichts berichten. Nur so viel steht fest, daß gegen 10 000
Arbeiter anständig sind und teilweise durch Willkürhaftigkeit
mit Gewalt aus dem Industriebezirk ausgetrieben wurden.
Seitens der Schriftsteller wird erklärt, die Arbeiter hätten
sich gegen die neuen, von der Regierung erlassenen Arbeits-
bestimmungen aufgelehrt, wonach die Fabrikanten berechtigt
sind, wenn es die Fortführung des Arbeitsbetriebes erfordert,
die früher sehr große Zahl der außerordentlichen Feiertage
zu beschränken. Die Arbeiter dagegen wollten ihr alt-
gewohntes Feiertags- und Erholungsleben nicht aufgeben,
weil sie den Arbeitstag, unbekannt mit dem, weshalb sie
den Streit begonnen hätten. Seitens der Arbeiter wurden
jedoch ganz andere Gründe angeführt und die Unternehmer
beschuldigt, von der Regierung die Aufhebung der neuen
Gehaltsbestimmungen durch absichtlich herbeigeführte Arbeiter-
unruhen erzwingen zu wollen.

Parteiachrichten.

Vom preussischen Strafvollzug. Nach der Rheinisch-
Westfälischen Ztg., dem bekannten Organ der Reichsregierung, soll
unserem im Verhältnis zu der vorerwähnten Reichsregierung Dr.
Viergen die Teilnahme zum Studium der politischen Sprache
besteht entzogen worden sein, weil er sich durch das Studium
jener fremden Sprache für die Agitation unter den Polen vor-
bereiten wolle. Die westfälischen Gewerbetreibenden haben bekanntlich
so viel polnische Arbeiter importiert, daß die nationalpolitische
Richtung schon dem Vizepräsidenten, als in dem deutschen
Kernlande Bestreben eigene Reichstagskandidaten aufzustellen. Den-
selben Gewerbetreibern wäre es natürlich höchst fatal, wenn den
polnischen Arbeitern der Sozialismus in ihrer Muttersprache
gelehrt würde.

Ein recht ansehnliches Summe zur Unterstützung an
die vom Hochwasser Geschädigten brachten unsere Genossen in
Dresden und Umgebung auf. Bei der Sächsischen Arbeiterzeitung
gingen 11 600 34 M. ein; darunter befanden sich auch namhafte
Beiträge aus Leipzig. Die Genossen im 1. Reichstagswahlkreise
sammelten 188 05 M., der 2. Wahlkreis 128 M., der 3. Wahl-
kreis 88 40 M. Ingesamt wurden aufgebracht: 174 176 69 M.
Unterstützungen wurden befolgt:
Von Dresden aus an 27 Personen 2 283 90 M.
Im 1. Wahlkreis - 57 - 2 052 -
- 6 - 107 - 7 460 -
- 8 - 25 - 1 335 50 -
215 Personen 13 131 40 M.

Unlöst enthanden in der Höhe von 63 95 M., somit bleibt ein
Verband von 981 34 M. Man wird daraus ersehen, daß auch
die sozialdemokratischen Kreise überwiegend ihre Vermögen haben,
wenn es sich darum handelt, bei einem allgemeinen Anstehen
ihren Arbeitsbrüdern helfend beizutreten.

Schlesien aus Breslau.

Halle a. S., 29. Januar 1898.
* Wird der Sozialfreisinn den Sozialmokraten
verloren gehen? Diese Frage behandelte kürzlich die

freisinnere Partei, das Organ des Königs Stumm in
einer längeren Abhandlung, in der sie die Möglichkeit der
preussischen Sozialdemokratie bezüglich der Reichstagswahl
bespricht und u. a. auch den Sozialfreisinn in ihre Betrachtung
zieht. Das Reagenzglas, das sich die Partei zurechtlegt, ist
so ergötzlich, daß wir es nicht über Herz bringen können,
etwas näher darauf einzugehen, zumal es nämlich darin be-
rechnet ist, die Kartellbegeisterung der bürgerlichen Parteien
anzufachen und ihnen die Ueberwindung der Sozialdemokratie
als fata Morjana vorzuspiegeln. Es hat nur den einen
Fehler, daß es — ganz gemaltig ist. Die Partei meint
nämlich, daß die Erfolge der Sozialdemokratie bei den
Reichstagswahlen erheblich weniger als den zahlenmäßigen
Ueberschweigen ihrer Anhänger beruhen, als auf dem Habere
und der Unmöglichkeit ihrer Gegner. Sätze sind die Sozial-
demokratie in allen Fällen der geschlossenen Masse des Bürger-
tums gegenüber, so würde ohne Zweifel die Zahl ihrer Ver-
treter sowohl im Reichstag wie in den Einzelstaaten be-
deutend zu sammen schrumpfen, in den letzteren ver-
mutlich so gut wie ganz verschwinden.“

Daß die Partei die sozialdemokratischen Abgeordneten aus
dem Reichstage sowie aus den Landtagen gerne heraus haben
möchte, ist uns kein Geheimnis. Sie geht aber nunmehr
weiter, als wir dieses Ziel zu erreichen ist, indem sie statuiert:
Es ist zunächst erforderlich, daß alle bürgerlichen Par-
teien sich zum angeschlossen, wenn nicht in der
Hauptwahl, so doch auf alle Fälle in der Stichwahl.
Denn weiter, daß zwei Drittel der Wahlberechtigten, die
bisher ihr Wahlrecht nicht ausübten, nunmehr
sämmtlich für die bürgerlichen Parteien ins Feld rücken. Das
legte Drittel allerdings müsse man — so lautet das Summa-
Organ — wohl oder übel der Sozialdemokratie zufallen
lassen. Wie gnädig! Und voller Freude ob dieser Ent-
scheidung jubiliert die Part: „Wenn — ja wenn, da liegt
ja der Gale im Pfeffer — dieses Rezept befolgt wird, und
vorausgesetzt, daß sämtliche Wahlberechtigten wählen,
dann bleiben von den 25 Wahlkreisen, die die Sozialdemo-
kratie jetzt innehat, nur noch drei in ihrem Besitz,
während in acht der Sieg des Bürgertums fraglich ist,
die übrigen aber so gut wie für die Sozialdemokratie ver-
loren sind.“

Ob dieses Exempel den Mut der Kartellparteien besonders
haben wird, erhebt sich fraglich, denn die Rechnung hat mehr
als ein großes Loch. Zunächst ist die 100 prozentige Wahl-
bereitschaft ein Uebing, eine lächerlich unsmifige Hoffnung.
Dann aber müßte — und das hat die Part vollständig
außer acht gelassen — das stetige Anwachsen der So-
zialdemokratie auf einmal zum Stillstand gekommen
sein. Und drittens sind, wie bei den scharfen wirtschaftlichen
Gegenständen es auch gar nicht anders denkbar ist, die bürgerlichen
Parteien absolut nicht unter einen Hut zu bringen.

Aber zugegeben, daß Problem der Part stimmt, was nie-
mals der Fall sein wird, wie steht es da mit dem Sozial-
freisinn?

Da nur in der Stichwahl ein geschlossenes Vorgehen der
bürgerlichen Parteien denkbar ist, kann die Hauptwahl nicht
in Betracht kommen, mit Ausnahme von 1896, wo eine
Stichwahl nicht statt war. Es wurden in der Stichwahl
1890 und 1893, sowie in der Hauptwahl 1896 Stimmen
abgegeben:

Mehr oder weniger
gegen die vorige Wahl
1890: 28 549
1893: 32 008 + 3459
1896: 30 935 - 1073

Davon entfielen auf die
Bürgerl. Parteien Sozialdemokratie
1890: 15 440 15 109
1893: 17 881 + 4411 14 127 - 982
1896: 15 241 - 2640 15 687 + 1560

Da die 1896er Wahl eine Nachwahl war und da ferner
eine Anzahl Wahlberechtigter eine Stichwahl erlosche und
dieserhalb in der Hauptwahl nicht wählte, ist der Rückgang
der abgegebenen Stimmen zu erklären.

Es hat also in den letzten fünf Jahren eine Zunahme
der abgegebenen Stimmen überhaupt um 2386 stattgefunden.
Fast man ins Auge, daß bei einer eventuellen Stichwahl
eine Zunahme der abgegebenen Stimmen um mindestens
1000 zu verzeichnen gemein wäre, so würde eine Vermeh-
rung der abgegebenen Stimmen innerhalb fünf Jahren um
rund 3400 in Betracht zu stehen sein.

10. Kapitel.

Fanny Blumme wurde sehr überrascht, als sie eines Abends
zufällig die Thüre öffnete, nachdem es gefinstig hatte und ein
wunderlich aussehender Mann draußen stand und auf Eng-
lisch fragte, ob dies Mr. Blummers Haus wäre. Als dies bejaht
wurde, fragte er weiter, ob sie Miss Fanny Blumme wäre,
und als dies mit Ja beantwortet wurde, zog er einen Brief aus
der Tasche und gab ihn ihr. Der Mann war sehr in dem Be-
weised, hatte ichore regelmäßige Gänge, aber würde keine
Angabe, welche an die die Indianer erinnerten. Sein ganz war lang ge-
wachsen, so daß es über seine Schultern herausging, und auf dem
Haupt trug er einen dreieckigen grauen Hut mit Goldbesatz.
Sobald war er sichtlich gekleidet, der erinnerte etwas an die
Quackfänger, die sich in den letzten Jahren in den
Städten der Provinz halten, um Häuser und Möbelen zu
verkaufen, die alle Krankheiten heilen sollen.
Nachdem er den Brief abgelesen hatte, fragte er mit dem besten
Gesicht nach Mr. Blumme, mit dem er zu reden wünschte.
Da Mr. Blumme sich gerade zu Tisch setzen wollte, wurde der
Mann so lange ins Verabredete hinuntergeworfen.
Fanny eilte auf ihr Zimmer hinauf, denn sie ahnte, von wem
der Brief käme, sie meinte, die Schrift ähnelte derjenigen des
Schicksalswandlers Briefes, den sie in Charles Stabfords Zim-
mer fand. (Fortsetzung folgt.)

Heiteres.

— Politischschule. Warum haben Sie den Namen ver-
hastet? fragte der Polizeikommandant den neuen Politisten.
Zur Uebung, antwortete dieser. Ich bin neu im Amte und
möchte mich rasch einarbeiten.
— Scherz. A.: Gestern habe ich beim Bahnhof
eine furchtbare Bierschüssel bestellt.
B.: Wieso denn?
A.: Da denken Sie sich, er hat mit seine verdammte Bange in
den Mund gesteckt, so daß ich nicht sprechen konnte, und mit dann
erzählt, sein Fahrkart wäre besser wie mein! (Aus dem Nachsch Humor.)

Was ist Goodyear-Welt?



1. Athletenklub v. 1890. Halle a. S.

Unser Vergnügen
findet Sonntag den 30. Januar im Neuen Theater statt.
Nachm. v. 4 Uhr ab: Tanzkränzchen.
Abends v. 8 Uhr ab: Ball.
Während der Zwischenpausen Auftreten der Mitglieder in
Kraftproduktionen und Ringkampf.
Hierzu laden freundlichst ein
Der Vorstand: Fr. Franke.

Vereinshaus G. Zahn, Martinsberg.
Jeden Sonntag: **Abendunterhaltung.**
Swerzu ladet ergebenst ein

Marrentappen, R. D.
eigenes Fabrikat
liefert billigst die Arbeit
M. Schnell,
Halle a. S., Taubstr. 4.

R. Gottschalks
Masken-, Theater-Garderoben-
Verleih-Institut
Kleine Ulrichstraße 25, 1.
hält seine reichhalt. Auswahl neuer feiner
Herren- und Damen-Masken-
Kostüme
bei solider Preisstellung bestens
empfohlen

Auf
Abzahlung
Möbel.
Bürgerliche Einrichtungen.
L. Eichmann
51 Gr. Ulrichstraße 51
Eingang Schulstraße.
6 Wägen in den Kaiserjäten.

Erste Halle'sche Brot-Fabrik
Brot
F. G. Nebelung
Laurentiusstraße 18.

Das Beste bleibt in allen Haushaltungen stets ein reiches fröhliches Roggen-
brot: und noch eigener Erfindung mein süßmichliges bekanntes
Thüringer Landbrot
5 Pfund für 30 Pf.
Empfehle sehr preiswert **Semmel** 4 Groschen Meizen gleich
1 Kilo 27 Pf. sowie alles Weißbrot.
Bestellungen hier, durch meine 2 Boten frei Haus. Zu haben in
meinen bekanntesten Verkaufsstellen.

Dr. Thompson's
Seifenpulver
ist das beste
und im Gebrauch
billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.
Man sollte genau auf den Namen „Dr. Thompson“
und die Schutzmarke „Schwan“.

Paul Böttchers Rasier-Salon
Schülerhof 1, am Markt
hält sich den Genossen bestens empfohlen.
Ornate Seifen, a. Bund 15 Pf. in
Seifenen billigst bei
Karl Lange, Al. Ulrichstr. 26.
Fernsprecher 1088.

Sonntag den 30. Januar nachm. 4 Uhr
im Englischen Hof
Öffentliche Glaser-Versammlung.
Referat wird in der Besammlung be-
kannt gegeben.
Der Vorkaufhaber ist es Pflicht
eines jeden Kollegen, zu erscheinen. D. S.

Achtung!
Den geehrten Konsum-Mitgliedern
von Giebichenstein zur aest. Nachricht,
dass mit einer Verkaufsstelle über-
nommen wurde und halte sämtlichen Be-
darf an Möbeln am Lager und gewähre
gegen Bezahlung der Mitgliedsarten
7 Proz. Rabatt, welche sofort, trotz der
billigen Preise, in Abzug gebracht werden.
Nichtmitgliedern gewähre 3 Proz. Rabatt
und gilt dies für sämtl. Möbel mit Aus-
schluß der Stühle, die ich überhaupt zu
Fab. preisen verkaufe. Die Preise sind
an jedem Stück sichtbar angedruckt.
Hochachtungsvoll

Karl Fischer
Möbelschäft
Giebichenstein Burgstraße 64.
Seitl. Niederb. f. 24. Verif. u.
Beitl. Kommod. Tische, Stühle, Sofas,
Sill. b. K. Biele. T. Galern. Gebr. 37.

Arbeiter-Radfahrer-Verein v. Halle u. Umg.

Dienstag den 1. Februar abends 8 1/2 Uhr im Händelpart
Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über die Ausleerung des
Hades. Kompensationsreifen. Acetylen-Gas-Laternen. 2. Vereins-
angelegenheiten. 3. Landagitation.
Bairreichem Erscheinen aller Arbeiter-Radfahrer entgegengehend
Der Vorstand.

Gerichtlicher Verkauf.
Das zur Konkursmasse des Schuhmachermstr. Wilh. Barth
gehörige
Schuhwaren-Lager
beabichtige ich von Dienstag den 1. Februar vorm. 9-12 und nachm.
von 3-6 Uhr an und folgende Wertgegenstände im Geschäftsl. Geißstr. 32,
zu billigen Preisen zu verkaufen.
Albert Brand, Konkursverwalter.
Luchstauben, blau gelbputzt, vor- | Kanarienvogelchen verkauft
läuft | 256. militärstraße 13. | Glanauerstraße 19, III 1.

Ausverkauf wegen Umzug
nach Grosse Ulrichstrasse 49.
Um mit einem Posten fertiger Knaben-Anzüge und Mäntel, Herren-Anzüge
und Paletots schnelligst zu räumen, verkaufe dieselben
bedeutend unter Selbstkostenpreis.
Wie bekannt führe ich nur solide Qualitäten.
Albert Rosenthal, Große Ulrichstraße 44.

Strümpfe u. Socken
Wolle, Baumwolle, Vigogne, Seide,
Halbseide, Flor,
das Paar 0,20 bis Mark 10,
in allen Farben, u. a.: schwarz, braun, natur, grau,
rot, schottisch, gemustert, ballbarren, à jour (durch-
brochen), solid und waschecht.
Eduard Seelig
Halle a. S., Leipzigerstr. 5

S. Weiss, Halle a. S.
Geschäftshaus für Herren- und Knaben-Garderoben
empfiehlt als billigste Bezugsquelle
jämtliche Arbeiter-Garderoben.
Englisch Leder-Hosen und
Manchester-Hosen
in allen Farben mit Latz und Schling in
jeder Beizeleg.
Raffinett-Hosen.
Zwirn-Hosen.
Pilot-Hosen.
Moleskin-Hosen.
Satin-Hosen.
Reit-Hosen.
Drell-Hosen.
Neuheit: Gestreifte Lederhosen.
Stoff-Hosen
von 3 M. an.
Halbstoff-Hosen
à 2,20 M.
Anzüge
in englisch Leder, Raffinett, Zwirn, Pilot
und Zeinen.
Waler-Rittel.
Bergmanns-Jacken.
Flanell-Jacken.
Fleischer-Jacken.
Normal-Jacken
in Zeinen 1,50 bis 2 M.,
in Pilot 2,20 M.,
beste haltbare Qualität 2,75 M.
Normal-Hosen
1,50 M.,
beste Pilot Qualität 2,75 M.
Stoffanzüge zur Arbeit
in haltbarer Qualität von 12 M. an.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August 1905. — Druck der Halle'schen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Deutscher Reichstag.

27. Sitzung am 28. Januar.

Die Beratung des Etats des Reichsanwaltschafts des Innern wurde heute beim Kapitel „Reichsanwaltschaft“ fortgesetzt und um über dieses Kapitel nicht hinaus. Unser Großes Oerfel, der Vertreter von Nürnberg und Nachfolger unseres unerschrockenen Grillenberger brachte die Milirandbergungen in den Nürnbergers Pflanzfabriken zur Sprache. Er hielt bei dieser Gelegenheit eine Jungferrede und bewies, daß er sich auch auf dem schwierigen parlamentarischen Terrain bald zu Hause fühlen wird. Durch seine ebenso geschmackvolle wie gewandte Rede lachte er nicht nur den Direktor des Reichsanwaltschafts, Dr. Köhler, sondern später auch den Grafen Fojadowsky selbst auf den Plan. Auch der freisinnige Abg. Beck schloß sich gemüthlich, eine ganze — natürlich für das Nürnbergers Unternehmertum zu dröhen.

Den Hauptteil der Sitzung füllte eine Diskussion über die Maul- und Klauenseuche in den deutschen Viehbeständen aus. Unsere Agrarier wollen aus der traurigen Thatsache des Wachstums der Seuche Kapital für ihre eigene Geldpolitik schlagen. Sie verlangen, die Regierung zu veranlassen, sämtliche Grenzen gegen Vieheinfuhr zu sperren, um dann tollerenlos die deutschen Fleischpreise recht tüchtig in die Höhe treiben zu können. Nun sind die Fleischpreise schon gegenwärtig so hoch, daß die Arbeiter nur sehr wenig oder gar kein Fleisch mehr essen können, daß sogar schon Angehörige des Mittelstandes ihre Fleischrationen haben kleiner machen müssen. In Königsberg sind die Preise je B. ganz weichenhaft gestiegen, weil russische Schweine nicht über die Grenze kommen dürfen. Von unserer Seite wird deshalb beim Etat des Reichsanwaltschafts beim Reichsanwalt angefragt werden, ob er nicht, um dieser Kalamität zu fluchen, die Einfuhr wieder freizugeben will. Genosse Jaase deutete das schon in seiner Rede an, es wird dabei noch zu befürchten Debatten kommen, als heute, wo diese agrarische Frage sonstigen unter dem Deckmantel der Wissenschaft diskutiert wurde. Den Junkern auf der Rechten kam schließlich noch der große Graf Herbert Bismarck zu Hilfe. Man weiß nie bei den Reuten auf der Rechten und bei den Nationalliberalen der „große Sohn seines großen Vaters“ als Oratel geschätzt wird. Graf Herbert gab eine Erfahrungen aus England zum besten und gab sich ein gar hochschätzbares V. Wenn aber seine übrigen Ausführungen so hochschätzbar waren wie die Mahnung aus dem Reichsanwalt, doch eine Unladung des Viehs aus den russischen Wägen an der Grenze zu veranlassen, so wird der Aufseherstoff in den Eisenbahnen kasse, so fleißig es schilmt damit. Bekanntlich haben die russischen Eisenbahnen eine ganz andere Spurweite wie die deutsche. Es ist schon deswegen eine Unladung notwendig. Von der Rechten wurde die Unladung einer totalen Grenzsperrung betont und auch die Regierung verhielt sich den agrarischen Wünschen gegenüber launlich ablenkend.

In weiteren Verlauf der Debatte wurden die Weinplancherien und der Impfang gestreift. Als Impfangener will unser Genosse Reichsban keine schon aus früheren Sessionen bekannte Rede. Die Reiter wissen, daß unsere Partei in der Impfang sehr geteilter Meinung ist. Morgen wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Die Beratung des Etats des Reichsanwaltschafts des Innern wird beim Kapitel „Eisenbahnen“ fortgesetzt.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

Abg. Cretzel (Soz.): Auf die Bewandnisverhältnisse für die Arbeiter nur der Eisenbahnen und die Eisenbahnen, hingewiesen werden. Endlich ist die Regierung aus dem Stadium der Vorbereitung von Schlußworten, ein in das der positiven Gestaltung übertritten. Das Reichsanwaltschaft des Innern hat auf Grund der §§ 122 und 130 der Gewerbeordnung Vorschriften zur Beibehaltung der Anordnungen durch die Eisenbahnen ausarbeiten lassen. Jetzt hat man sich wahrhaftig dazu gefaßt und noch haben die Vorstände keine Ost-Geist. Schon aber rät sich die beiläufige Opposition der beteiligten Industriellen. Die Arbeiter legen in den Reichsanwaltschaften dagegen nur das Bedenke, was gegen die Milirandbergungen übertragen werden. Was einer bestimmten Beibehaltung der Anordnungen ist heute noch ein bestimmtes Bedenke, das man nicht annehmen darf.

darum sollte sich das Reichsanwaltschaftsamt kümmern. Eher so müßten die Desinfektionsvorrichtungen auf Vollfabriken, Wollspinnereien etc. ausgedehnt werden. Wie denkt das Reichsanwaltschaftsamt darüber? Es sollte mit größerer Energie gegen die Unternehmern vorgehen. (Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Direktor im Reichsanwaltschaftsamt Dr. Köhler: Ich kann versichern, daß die Regierung stets dieser Sache in einer angemessenen und beifälligen Weise näher zu treten sucht. Seit über zehn Jahren haben wir bereits (Seit seit) und haben etwas Zeitungsdruck noch nicht erreichen können. Wir haben als Termin übrigens nicht 1908 in Aussicht genommen, sondern ein früheres Jahr. Jedenfalls wird die Regierung, wenn sie Verhandlungen in dieser Sache einleitet, die Arbeitnehmer nicht übergehen.

Abg. Beck (Frei. B.): Die Nürnbergers Arbeitgeber haben sich rechtlich nicht gegeben, dem Hebelstande abzugeben. Ich wandte ich daran schuld, daß kein Resultat erzielt ist. Daß das Reichsanwaltschaftsamt mit den Unternehmern im Grunde siche ist durchaus unrichtig; durch derartige Ausführungen fließt man nur das in Nürnberg noch bestehende gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Abg. Reichth (Soz.) weist auf die Zunahme der Maul- und Klauenseuche hin und empfiehlt Grenzsperrung. Dem jetzigen Zustande sei eine Quarantäne oder vorzuziehen, die im übrigen nicht viel nütze.

Abg. W. (Soz.) wendet Maßregeln gegen die Grenzsperrung der Oder durch die Jüterbacher. Die braunschweigischen Behörden thun, was sie können, aber einzelne Privatindustrien in Preußen, da können sie nichts machen; da müßte das Reichsanwaltschaftsamt einschreiten.

Direktor im Reichsanwaltschaftsamt Dr. Köhler: Die Verhältnisse im Rheinland sind fast durchwegs sehr ungünstig und braunschweigische Regierung haben Ursache zu gegenseitiger Beschwerde. Das Reichsanwaltschaftsamt wird sich gern an der Lösung der Schwierigkeiten beteiligen. Ich bitte den Herrn Vordredner, sich an die braunschweigische Regierung mit der Bitte zu wenden, daß sie den Herrn Reichsanwalt ersucht, sich mit dem Reichsanwaltschaftsamt in Verbindung zu setzen.

Abg. Graf zu Inn und Rapphausen (Soz.) fordert die völlige Sperrung der Grenzen für Vieh aller Art. Die bisherigen Maßnahmen hätten gar nichts genützt.

Direktor Dr. Köhler erweitert, die Maul- und Klauenseuche habe jetzt entschieden ihren Schwerpunct verschoben. Das Vieh suche nach wie vor nach einem wirksamen Mittel dagegen. Die Sperrung der russischen Grenze für Schweine und das neuerliche Verbot der Einfuhr von Vieh aus Schweden und Norwegen setze, daß die Regierung auch vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückzudrehe.

Abg. W. (Soz.) wendet Maßregeln gegen die Grenzsperrung des Viehs nach dem Bismarck als Oratel geschätzt wird. Graf Herbert gab eine Erfahrungen aus England zum besten und gab sich ein gar hochschätzbares V. Wenn aber seine übrigen Ausführungen so hochschätzbar waren wie die Mahnung aus dem Reichsanwalt, doch eine Unladung des Viehs aus den russischen Wägen an der Grenze zu veranlassen, so wird der Aufseherstoff in den Eisenbahnen kasse, so fleißig es schilmt damit. Bekanntlich haben die russischen Eisenbahnen eine ganz andere Spurweite wie die deutsche. Es ist schon deswegen eine Unladung notwendig. Von der Rechten wurde die Unladung einer totalen Grenzsperrung betont und auch die Regierung verhielt sich den agrarischen Wünschen gegenüber launlich ablenkend.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.) meint, daß strenge Grenzsperrung und strenge Kontrolle im Innlande nicht ist.

Abg. Dr. Giese (Zentrum) meint, daß strenge Grenzsperrung und strenge Kontrolle im Innlande nicht ist.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

Abg. Graf von Helldorf (Reichsp.) tritt für strenge Grenzsperrung ein. Abg. Graf von Helldorf (Soz.) fordert noch weitere Herabsetzung des Viehkontingents für nach Oesterreich einzuführende Schweine. Die heimische Schweinezucht könne den Viehschaden durch die besten Industriezweige.

werden auch Arbeiter berufen werden, die die Angelegenheit soll möglichst beifällig werden.

Abg. Beck (Frei. B.) weist auf die gemeinsamen Konferenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hin. Es muß doch also eine Harmonie zwischen ihnen bestehen.

Abg. Reichth (Soz.) spricht die Hoffnung aus, daß die Impfmittel die Gegner des Impfweges nicht so langer Sand abblauen werde.

Die Diskussion wird geschlossen, das Kapitel bewilligt. Der Antrag Wüllers (Frei. B.) auf Bewilligung von 30 000 Mk. zur Errichtung einer biologischen Versuchsanstalt, wird mit großer Mehrheit angenommen. Hieron verlag sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr Tagesordnung: Fortsetzung der Staatsberatung. Schluß 6 Uhr.

Die sechste Kommission des Reichstags erließ heute die Novelle zur Zivilprozeß-Ordnung bis § 506 und trat dann in die Beratung der Frage ein, wie der Ueberbürdung des Reichsgerichts durch Henderung der Bestimmungen über die Revision abgeholfen sei. Zu einer Abstimmung kam es noch nicht. — Die Beratungen werden Dienstag fortgesetzt.

Die neunte Kommission des Reichstags begann heute die Beratung des ihr überreichten Antrags des Innern, auf Erlass einer Novelle zum Strafgesetzbuch gegen die Unfälligkeit (lex Feins). Seitens der Regierung waren die Geh. Räte v. Kuntze, v. Starb und Tschadow als Kommissare erschienen. Die vorgeschlagene Abänderung der §§ 180 und 181 des Str. G.-B., betr. Ruppel, wurde überboten von der Kommission beifällig.

Dem Reichstage ist der am 28. April v. J. in Berlin unterzeichnete Freundschafts- und Handelsvertrag mit dem Iran-Prellrat zugegangen.

Casogeschichte.

Ein Lebenstag. Die erste revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 erfolgte in Italien, wo die Sigillaren durch den Aufstand vom 12. Januar das bourbonische Joch des tyrannischen und volkverhassten Ferdinand II. abzuwerfen wollten. Die Stadt Palermo wurde aus den umliegenden Forts von den Regierungstruppen bombardiert. Nach vieltägigem Kampfe wurden die Truppen von dem revolutionären Volk geschlagen und mußten sich gegen Ende Januar definitiv zurückziehen. Durch den Sieg der Revolution auf Sigilien und drohende Anzeichen in Neapel selbst schloß sich der „König beider Sigilien“ zum Rückzuge veranlaßt, und er veröffentlichte am 29. Januar (heute vor fünfzig Jahren) den Entwurf einer Verfassung, die im wesentlichen der des bürgerlichen Königs Wilhelm Philipp nachgebildet war. Der Fabel in Neapel war groß. Der revolutionäre Geist aber, er dauerte in den andern Staaten nicht geschlummert hat, empfing aus dem Siege in Neapel neue Kräftigung. Der stürmische Ruf nach Einheit und Freiheit, freilich bei der überwiegenden Mehrheit des armen Volks auch nach Brot, durchdrang bald Italien.

Wann werden die Wahlen stattfinden? Zu der auch von uns verzeichneten Werbung des Bormars, daß die Reichstagswahlen im Juli stattfinden, bemerkt die Post, daß darüber noch keine Beschlässe gefaßt sind. Jedoch sehr beachtenswert ist, was die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

„Der Mitteilung des Bormars gegenüber, wonach die Reichstagswahlen für den Juni die Landtagswahlen für den Oktober in Aussicht stehen, möchten wir unsere Freunde im Lande darauf hinweisen, daß bei der Vorbereitung für die Wahlen darauf einzugehen, daß zuerst die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus, und dann erst und zwar im Herbst die Reichstagswahlen stattfinden, wenn keine Zwischenfälle eintreten.“

Das Nationalliberale Organ, weist mitunter, wie im Rahmenwörterbuch der Wahl, Herr v. Miquel ist es natürlich in erster Reihe darum zu thun, eine ihm durch aus gegebene Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu erlangen, womöglich eine ausschließlich aus Konstanten und Freiwählern bestehende Mehrheit, durch welche auch eine einseitige gesellschaftliche Organisation der Herr v. Miquel zu erlangen und schließlich durchgemacht werden. Wir verstehen es auch, wenn Herr v. Miquel glaubt, würdiger Landtagswahlen zu erzielen, wenn die Landtagswahlen der Reichstagswahlen vorzuziehen. Die gegenwärtige Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses ist in der Sache die beste, die die Wahlkreise der großen Landbesitzer der Reichstagswahlen, auch mag Herr v. Miquel wünschen, die Landtagswahlen früher zu übernehmen, um die Sozialdemokratie dadurch die Möglichkeit zu nehmen, auf einem neuen Parteilager ihren unglücklichen wahllosen Verlust abzuwenden.

Unsere Freunde im Lande werden sich nicht auf alle die Möglichkeiten in Bezug auf die Wahlkreise einlassen (den wir ihnen auch wir auf. D. H. v. M.) und ebenso ihre Vorbehalte auch auf die Landtagswahlen wie auf die Reichstagswahlen ausdehnen. Daß die Wahlen erst im Herbst vorgenommen werden, erscheint uns nach wie vor durchaus unwahrscheinlich. Wir wünschen, daß die Reichstagswahlen schon in der ersten Hälfte des Mai stattfinden.

Die Ausführungen der Frei. Bz. dürfen den Regel auf den Kopf treffen.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat am Freitag in die Spezialberatung des Etats ein und nahm den Etat der Landwirthschaftlichen Verwaltung zunächst in Angriff. Natürlich es es dabei eine ausgedehnte agrarische Debatte. Die Herrn Agrarier sind in der preussischen zweiten Kammer beinahe unter sich, die paar Freisinnigen kommen nicht in Betracht und auch das Centrum läßt seinen agrarischen Flügel dort angeführt walten. Es war bezeichnend, daß es gerade Zentrumsmänner waren, die sich mit den ungeliebtesten agrarischen Wünschen hervorzuwagen. So forschte der ultraromantische Herr v. Gudden die Herabsetzung der Schulpflicht. Dann föhnten die Jungen mehr arbeiten und dem Arbeitermangel auf dem Lande wäre abgeholfen. Am fleißig, die Herren sind nicht verlegen. Je zeitiger die Aussetzung der Kinder beginnt, desto fester sind sie, willige und flempf-

finnige Arbeiter zu erhalten, die durch Wissen nicht bedrückt und hochmütig werden. So erhebt man den Import von Antis: man erzeugt sie in Land selber. Freier forderte der ultramontane Freiberger, daß die Arbeiter nicht gerade während der Erntezeit eingezogen würden, und seine Parteigenossen Jeroold und Humann stießen in dasselbe Horn. Der Landwirtschaftsminister Febr. v. Hammerstein-Lorenz verweigerte sich nach allen Seiten. Er versicherte wieder einmal, daß der Regierung das Wohl der Landwirtschaft besonders am Herzen liege und gab auf eine feierliche Anfrage des Grafen Limburg-Strum die feierliche Erklärung ab, daß beim Aufschluß der nächsten Handelsverträge die Landwirtschaft auf mehr Berücksichtigung rechnen dürfe. Das bedeutet die Ankündigung höherer Kornpreise. Nun, beim Aufschluß der Handelsverträge hat der Reichstag noch ein Wort mitzureden. Sorgen wir, daß keine Zusammenkunft nicht nach den Wünschen der Junker ausfällt.

Im Abgeordnetenhanse wird von freiconservativer Seite beantragt, die Regierung zu eruchen: 1. Die Zurückziehung der den Gemeinden im Ueberkommensgesetz zu gegangenen Quatantionen derselben Truppenente, welche Kommandos zu Auftrümmungsarbeiten dorthin gesendet haben, zu veranlassen; 2. nimmere Scheinfaß die in der Truppenrede in Aussicht gestellte Vorlage, betr. die Befreiung der durch das Hochwasser entstandenen Verheerungen und ihrer Folgen, dem Landtage der Monarchie vorzutragen.

Als ehelos bezeichnete Graf Poladowski bekanntlich denjenigen Beamten, der ein geheimes Schriftstück an die Öffentlichkeit bringt. Der Redakteur des General-Anzeiger für Hamburg-Altona, Dr. Wagener, brachte darüber einen Zeitarbeiter, in dem es u. a. hieß:

„Es ist nicht mehr, daß der Beamte, der gemein schädliche Pläne der Presse verleiht, so ohne weiteres „ehelos“ handelt. Er befindet sich im Besitz zweier Mächten, der Macht des Amtes und der viel lauterer wirkenden Macht gegen sein Volk, dessen Diener er in seinem Amte sein soll, nicht der Diener der Herren Minister oder noch höherer Personen.“

Ein Beamter der Geheimnisse lediglich des Judasprophets will vertrat, in selbstverständlicher Ehros. Aber ein Mann, der von seiner Ueberzeugung willen und mit seinem Volke nach bestem Gewissen zu dienen, wertvolle Warnungen vor Absichten der anderen Staatsorgane nicht bringt, der ist kein Verräter!

Die Presse mühte um Unmündigen und Kindern gelehrt werden, wenn sie mit den Kammatungen des Herrn Staatssekretärs etwas anders läute — als sie in den Papierfort zu vernehmen!“

Die Staatsanwaltschaft zu Hamburg hat nunmehr wegen dieses Artikels Strafantrag gegen Dr. Wagener gestellt. Es soll darin eine Aufforderung von Beamten zum Ungehorsam gegen die Vorschriften der Obrigkeit (§ 110 des Str. G. B.) enthalten sein. Auf den Ausgang des Prozesses kann man gespannt sein.

Chinesisches. Ein förmliches Betreiben veranstalten die Mächte um die Gunst Chinas, um dasselbe um so mehr auszuweiten zu können. Das Bureau Meier melde: In der Befürchtung einer Befestigung des britischen Einflusses für den Fall, daß China die britischen Vorschläge annimmt, hiesig England jetzt die Anliehe China zu den gleichen Bedingungen wie der britische Gesandte an.

— Rio-de-Janeiro wird nach einer Bestimmung des Kaisers der deutschen Marineverwaltung unterstellt.

— Zum Nord des Matroien Schutze sind folgende Einzelheiten nachzutragen: Das Verbrechen wurde erst entdeckt, als drei Mann in einem Korporal die Kunde machten, um den Wapostoffen abzulösen. Der Marole lag nunhaupt an Boden. Die Ablösungsmannschaft wurde bald darauf von etwa hundert Eingeborenen angegriffen; obwohl sie sich tapfer verteidigten, sollen alle drei getötet worden sein. Auf chinesischer Seite wurden zwölf Personen getötet. Infolge dieser Ausbreitung herrscht große Aufregung in Rio-de-Janeiro.

Ueber den Grund dieser Ausbreitung kann man sich vielelei klar sein, wenn man, wie jetzt gemeldet wird, zu geben muß, daß man sich deutschseits nicht innerhalb seines Gebietes gehalten hat. Da der Vollen auf dem Plage Simo lagerte, das nicht mehr zu dem an Deutschland abgetretenem Gebiet gehört, sondern 30 Kilometer davon gelegen ist, scheint nicht also die deutsche Besatzung zur Zeit nicht auf Rio-de-Janeiro zu beschränken, sondern stellt auch noch Vollen außerhalb ihres Gebietes auf. Da braucht man sich freilich nicht zu wundern, wenn Ausschreitungen, wie die von Chinesen voranman, wenn man sich deutschseits nicht an die gegebenen Grenzen hält.

Präsident v. Suol hat bei dem Festessen der Reichstagsabgeordneten am Geburtstag des Kaisers in seinem Trauparade auch eine Betragung über Rio-de-Janeiro angeschlossen, indem er sagte: „Fast die ganze Welt staunt mit uns, wie es sogar möglich war, die deutsche Souveränität auf überwiehliche fremde Gebiete auszuweiten, ohne auch nur einen Schmerzensfuß — vielmehr lediglich (?) im Wege freundlichen Einvernehmens durch bürgerliche Eracht mittels Unterherrschaft und Handschlag!“ Ja, wir staunen auch, aber über etwas anderes.

Flottenagitation in der Schule. Fast wie auf Kommando ist am Donnerstag, zu Kaisers Geburtstag, das Thema der deutschen Seemacht in den Berliner höheren Schulen behandelt worden. Sogar Berlin, wie das es Kapitänleutnant Wilschmann: „Deutschlands Flotte sonst und jetzt“, wurden alle Brämen verteilt. Es muß eben alles gehalten, um die „Marinebegierde“ zu heben.

Aufgrüchden, aber wohl kaum aufgehoben ist die Verflechtung des Gemeindeforts in Schwarzburg-Rudolstadt. Im vorigen Landtage stand die Vorlage bereits am Mittwoch auf der Tagesordnung. Der Landtag beschloß aber mit 11 gegen 5 Stimmen, die Beratung zurückzustellen, da der wichtige Gezentwurf erst vor wenigen Tagen von der Regierung ausgehellt worden war. Diese Zurückweisung des Regierungsvorschlages, das Gesetz möglichst schnell durchzuführen, beweist aber noch nicht, daß die Aufgrüchden des Gesetzes im Landtage schlecht wären.

26 Protestversammlungen von Seiten der süddeutschen Volkspartei werden morgen, Sonntag, in Würtemberg abgehalten, um gegen die Lebenslänglichkeit der Ortsvorsteher, die von der Regierung geplant ist, zu protestieren.

Der Landrat des Kreises Kurobe i. Schl., Febr. v. Redenbach, ein ebenso eifriger wie erfolgloser Bekämpfer der Sozialdemokratie, ist nach Köln in Bonnern veretzt worden.

In der Kölner Schugmannsaffaire soll das Urteil bereits gesprochen sein. Termin hierzu war auf Freitag anberaumt. Dieser soll freigegeben worden sein. Doch halten wir die Nachricht nicht für glaubwürdig. Bekanntlich hatte der Staatsanwalt selbst die Freisprechung beantragt. Das Plaidoyer des Herrn Staatsanwalts lautete dahin:

„... Dieser habe sich in einem „unglückseligen Irrtum“ befunden, der Beamte sei der Meinung gewesen, er nehme mit Recht die Verhandlung vor. So viel habe jedenfalls sein, wäre Wilhelmine Hübnerin ruhig mitgegangen, dann wäre nicht die Körperverletzung und ebensowenig die Gesundheitsgefährdung erfolgt. Auch eine öffentliche Beleidigung fornte der Staatsanwalt nicht für vorliegend erachtet, so lange der Nachweis nicht erbracht ist, daß der Angeklagte den Vorfall hatte, die ledigen. Betreffs der Freiheitsentziehung könnte höchstens das Moment der Leichtfertigkeit in Betracht kommen. Nach der allgemeinen Judikatur unterliege die Beurteilung, inwieweit ein Beamter leichtfertig gehandelt habe, aber der vorgelegten Behörde.“

Ein solches Plaidoyer ist zu lobbar in einem Staate, in dem man freireichende Arbeiter wegen ein paar Worte gegen „Arbeitswillige“ zu Monaten und Jahren Gefängnis verurteilt. Wir werden uns dieses Plaidoyer merken und sind dem Herrn Staatsanwalt wirklich dankbar dafür; denn es ist einfach, wie der Vormarsch bemerkt, „unbegreiflich.“

Schnur vor Schlingen. Die Strafkammer in Essen verurteilte am Mittwoch den Schugmann Janus, der mit dem Revolver auf einen Bergmann schoß, weil dieser die Flucht ergreifen hätte, nachdem er von Janus in angetrunkenem Zustande überfallen und in eine Nachtwächlerhütte gesperrt wurde, zu einem Monat Gefängnis.

Italien. Die radikalen sozialistischen Vereinigungen in Rom beschloßen: 1. Eine Rundgebung vor der Deputiertenkammer am dem Tage zu veranlassen, an dem die Kammer den Gesetzentwurf über die Herabsetzung der Getreidezölle beraten wird, und 2. eine Kundgebung am Sonntag zu veranstalten, in welcher die Notwendigkeit der vollständigen Aufhebung der Getreidezölle bekräftigt und als Ersatz hierfür eine Verminderung der Ausgaben für das Militär verlangt werden soll. Man glaubt, die Regierung werde diese Kundgebungen verdröten.

Spanien. Nach offiziell Berichten aus Havana wurden bei den letzten Zusammenfällen 21 Aufständische getötet; 118 Aufständische haben sich unterworfen. Die Spanier verloren 1 Toten und 22 Verwundete.

Die reichsten Leute in Preußen.

Aus der dem Landtage zugegangenen Zusammenstellung der Erträge bei der preussischen Einkommen- u. Ertragssteuer Veranlagung für 1897/98 wird über die reichsten Leute folgendes mitgeteilt:

Mit dem größten Vermögen (wie im vorigen Jahr 215 Millionen) ist wieder ein Rothschild in Frankfurt a. M. zur Ertragssteuer Veranlagung. Dann folgt Krupp mit 128 Millionen Mark. Sein Vermögen ist in Jahresfrist um 7 Millionen gewachsen.

In erheblichem Mafstade folgen auf die beiden Rabobos zwei Schlesier: ein Breslauer Landbesitzer mit einem Vermögen von 85 Millionen (im Vorjahr 83 Millionen) und ein Oppeler u. Landbesitzer mit 64 Millionen (im Vorjahr 61 Millionen) Vermögen. Ein anderer Oppelner Landbesitzer bemerkt sein Vermögen auf 59 Millionen (2 Millionen mehr als im Vorjahr). Der reichste Wägburg war im Vorjahr mit 33 Millionen Vermögen zur Ertragssteuer herangezogen, für 1897/98 mit nur 26 Millionen. Ihn hat jetzt der reichste Stadler im Regierensbezirk Münster überflügelt, der im Vorjahr 29, 1897/98 aber 32 Millionen Mark Vermögen verzeichnet.

Eines Vermögens von 27 Millionen Mark erfreuen sich ein Raffiner und ein Bewohner des Regierungsbezirks Trier (Luumm?); jeder rechnet mit einer, dieser mit zwei Millionen mehr als im Vorjahr. (Und dieser selbe Summe, der ein Vermögen von 27 Millionen Mark besitzt, das sich Laufe eines einzigen Jahres um 2 Millionen vergrößert hat, was es, die Forderung der Bergarbeiter auf 30 M. Wochenlohn im Reichstage als eine mohlke zu bezeichnen. Hierzu kommt noch, daß die 27 Millionen bloß das Vermögen sind; in Wirklichkeit hat er aber durch seine Eierweide ein jährliches sicheres Einkommen von 2-3 Millionen. Da läßt es sich allerdings leicht über die Beschäftigung der Arbeiter schimpfen um auf der anderen Seite für Heer und Marineermeuerung einzutreten, dann da wird durch die Lieferungen für die Zwecke ja auch noch wohl profitiert. Das eine muß man Stumm lassen: Schätzern ist er in seinem Aufstreten nicht. Denn es gehört schon eine große Portion — Dummheit! dazu, von maßlosen Forderungen der Arbeiter zu sprechen, wenn man selbst 27 achter Millionär ist. D. Red.)

Ein Vermögen von über 20 Millionen Mark verzeichnen sechs Berliner (im Vorjahre 5) darunter je einer mit 25, mit 26 und 28, der reichte mit 29 Millionen. Im Vorjahre schätzte der Mann an der Spitze der Berliner Millionäre sein Vermögen auf nur 26 Millionen, der zweite auf 25, der dritte auf 24, der vierte auf 22 Millionen. Im Ganzen sind mit über einer Million Mark Vermögen in Berlin 1227 Personen zur Ertragssteuer veranlagt, gegen 1178 im Vorjahre. Vor zwei Jahren gab es noch einen Berliner, der über 2 Millionen Mark Einkommen hatte; für 1897/98 verzeichnen 12 Personen (drei mehr als im Vorjahr) in Berlin ein Einkommen von 1-2 Millionen Mark, ferner 5 (eine mehr als im Vorjahr) 900 000 Mark bis 1 Million, 3 (ebenso viel wie im Vorjahr) 8-900 000 Mark, 5 (gegen sechs im Vorjahr) 7-800 000 Mark, 8 (gegen 7 im Vorjahr) 6-700 000 Mark, und 3 (drei weniger als im Vorjahr) 5-600 000 Mark. Ein Einkommen von über 125 000 Mark haben nach der Veranlagung zur Einkommensteuer für 1897/98 in Berlin 443 Personen (121 mehr als im Vorjahr).

Es wird nur einen verschwindenden Bruchteil unter all diesen reichen Leuten geben, die nicht über die „Berechtigt“ der um Verbesserung ihrer im ganzen elenden Lage kämpfenden Arbeiter setzen. Während sie den Arbeitern Zufriedenheit predigen, können die meisten der reichen Leute den Hals lieber nicht voll genug freisen. Gerade sie sind die Ullerkunftsbedürfnisse.

Verkehrsrichtern.

— Ein treuer Freund und Genosse unserer Partei, der Weber Gustav Schröder, welcher vor einigen Jahren von Gera nach Amerika ausgewandert, ist dort am 11. Dezember im Alter von 24 Jahren der Choleraerkrankung erlegen. In der Geraer Volkszeitung wiewohl Herr Schröder dem Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf in welchem er namentlich seine nimmerwärdige Agitation für die Partei und den „Volksgenossen“ Arbeiter „Brotarbeit“ ehrend hervorhob.

In Hannover erfuhr am 26. Januar der Parteigenosse Wilhelm Fein, 80. Geburtstag. Er ist wohl der älteste Angehörige unserer Partei in Hannover, hat schon 1848 für die Volkserntenernte mitgekämpft und war einer der ersten, die sich in den Tagen Kaiserliches dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein anschloßen. Seitdem hat er ununterbrochen in unseren Reihen gestanden. Fein muß der alte Parteigenosse sein, in dem die Zeitungsblätter durchwandern, am Abend seines Lebens noch mit bitteren Sorgen kämpfend. Unter hundertjähriges Vordringen der „Volkswill“ eröffnete deshalb eine Sammlung für ihn.

Genosse Fein, Redakteur des Volksboten zu Babel, der seit November 1886 im Gefängnis ist, um ihm die Gefangenensätze der Partei zu ermitteln, werden Herr Schröder, muß namentlich Berg zu jagen. So behandelt man uns!

Arbeiterbewegung.

Die bekannte Berliner Möbeltransport-Firma Ostka Anner hat den bei ihr beschäftigten Arbeitern eine unverhoffte Freude bereitet; sie erhöhte nämlich den bisherigen Wochenlohn der Bader von 19 M. auf 25 M., den Lohn der Antzler von 19 M. auf 21 M., der von Jahr zu Jahr um 1 Mark bis auf 25 M. steigen soll, und den gelegentlich beschäftigten Arbeitern den bisher einen Tagelohn von 3,50 resp. 4 M. erhalten gewohnt die Firma eine tägliche Zulage von 50 Pf. Es war aber festeswegs das gute Gera, welches Herrn Anner zu dieser Vornehmung veranlaßt, sondern der Umstand, daß der Zentralverband der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter Deutschlands in seinem Organ Der Courier die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Anner'schen Geschäft einer Besprechung unterzogen hatte. Die unmittelbare Folge des betreffenden Artikels war die, daß Herr Anner die Arbeiter seines Geschäftes — etwa 80 dauernd und eine größere Zahl gelegentlich beschäftigte — zusammenberief, ihnen die genannten Zulagen bewilligte, sie aber gleichzeitig von der Sozialdemokratie und dem Reichstag abzuwenden machte. Dem Weiteren des Transportgeschäftes wird es nicht schwer fallen, zu entscheiden, wie sie sich gegenüber dieser Warnung zu verhalten haben. Mit doch die Befestigung der Anner'schen Arbeiter lediglich der Veröffentlichung im Zentralorgan, also der Thätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu danken. Das hätte Herr Anner die gewerkschaftliche Organisation, ebensowohl für alle Unternehmer, erachtet, beneidete die Thätigkeit, daß er die Agitation verdächtigen Arbeiter sofort entließ, ihm für die vereinbarte Rundzahlung den Lohn und auf Verlangen des Arbeiters auch noch 16 M. für entgangene Ertragssteuern zahlte, was er bei einer Klage vor dem Verwaltungsgericht jedenfalls ohnehin hätte thun müssen.

Die Steinarbeiter Deutschlands werden von der Kontrollkommission und dem Zentralauschuß zu einem Kongreß eingeladen, der während der Winterferien stattfinden soll. Im Anschluß an den Kongreß wird beschlossene, eine internationale Konferenz stattfinden, an der die Steinarbeiter aller in Betracht kommenden Nachbarländer eingeladen werden sollten.

Ausland.

Schweden. Die Gewerkschaften hatten im Jahre 1897 nur mit der größten Streik beim Ausprobieren zu thun. Der Streik im Walm Bergwerke endigte durch Vergleich, den die sozialistische Parteileitung beschleunigte. Die Seerente erlangen durch den Streik wohl einige Vorteile, konnten aber den Unternehmern nicht die Annerkennung ihrer Organisation abringen. Die Arbeiter haben sehr schickl betrieben und sind im Laufe des Jahres mehrere neue Verbände entstanden, die bestehende vergrößert worden.

Galles und Westirland.

Halle a. S., 29. Januar 1898.

Die Tagesordnung für die Montag-Sitzung der Stadverordneten hat folgende wichtige Punkte aufzuweisen: Grundbilligkeit Zustimmung zu den geplanten baulichen Veränderungen in den Neubauten am Arien Turm. — Bewilligung der Kosten zur Ausführung der Verleumdungserklärung im Promenadenweg des Vorbürgergrabens. — Festhaltung des Hausplatzes für das Armenheim pro 1898/99. — Antrag: Herabsetzung eines zweiten Zuganges für den Personenverkehr am Bahnhof durch Unter- und Überführung des Saaueinganges. — Antrag: Umgehliche Befreiung der Vermittler für die Kinder der Volksschule und Entstellung von 20 000 M. in den Etat für 1898/99. — Für die geschlossene Sitzung: Aderweilige Gebührensabstimmung für zwei Magistrate mitglieder.

Die Verbleibensfreiheit scheint untern Behörden recht im Wagen zu liegen. Wie die veröffentliche Tagesordnung für die Montag Stadverordneten-Sitzung zeigt, ist der Antrag der Genossen Krüger Albrecht, im Etat 20 000 Mark für Verbleibensfreiheit einzustellen, erst an vorletzter Stelle der öffentlichen Sitzung zu finden, während er thatsächlich, wie uns berichtet wird, viel früher eingereicht worden ist, als der unter Punkt 11 vorgezeichnete Antrag auf Errichtung eines zweiten Zuganges zum Central-Bahnhof. Da die Tagesordnung des Kollegiums selten ganz erledigt wird, dürfte auch dieser Antrag noch öfter auf der Speisekarte der Stadverordneten zu finden sein. Ra, man stellt wenigstens die Liebe.

Ein „kleines“ Mittel für die Landwirtschaft! In diesem Jahre noch beschäftigt die Landwirtschaftskammer eine weitere Reihe von Vorarbeiten in der Provinz Sachsen zu errichten, und zwar in Nordhausen, Erfurt, Schönebeck und Magdeburg und Torgau. An Geld dazu fehlt's nicht, denn, so heißt es in der betreffenden Mitteilung der Landwirtschaftskammer, von Seiten der Staatsregierung, sei noch eine größere Summe zu diesem Zweck reserviert. Die Kornhäuser sind ein sehr bequemes Mittel, das Betriebe aufzubauen und durch langes Verweilen den Preis derselben zu erhöhen. Unsere Agrarier müssen sich zu helfen.

Das kann gar nichts schaden! Eine Vereinigung von den preussischen Eisenbahnen beabsichtigt der Eisenbahnmittler Theilen. Es sollen nämlich künftig auch in der Provinz Sachsen 4 Klasse Richttaucher-Abteile eingerichtet werden, jedoch nicht dabei nur solche Personenzüge

Der große Inventur = Ausverkauf M. Schneider

Halle a. S. Leipzigerstrasse 94. Parterre, I. und II. Etage.

dauert nur bis Ende Januar. Streng reelle Bedienung.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter. (Zentrale Siebentheil.)
 Sonntag den 30. Januar 1898 im Restaurant „Mittelmühle“
Verammlung.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung vom 4. Quartal.
 2. Berichtendes.

Arbeiter-Bildungs-Verein, Halle.
 Sonntag den 30. Januar findet im „Konzerthaus“, Raifstraße, ein Vortrag des Herrn Laube-Leipzig über
Ein Ausflug in den Himmelsraum,
 verbunden mit Vorführung von ca. 120 Lichtbildern zur Erläuterung des Vortrages statt.
 Einlaß 6 1/2 Uhr abends.
 Entree: Mitglieder welche erucht werden, ihre Mitglieder auch an der Kasse behufs Kontrolle vorzusagen) 10 Pf.; Nichtmitglieder 20 Pf. - Kinder unter 14 Jahren frei; Kinder unter 6 Jahren haben freien Zutritt.

Der Vor. hand.
 NB. Behufs event. Bildung einer 2. Gesangs-Abteilung für gemischten Chor liegt eine Liste zum Anschreiben im „Konzerthaus“ aus, welche ist von den sich Einschreibenden dem Bitt. welcher sie in Verwahrung bekommt, abzugeben.

Gasthof zu den drei Königen, Al Ulrichstr. 30.
Heute Sonntag: großer Familienabend.
 Welche besonders a. j. das automatische und elektrische Klavier aufmerksamt. (Die feinsten Konzepte in der Hand.)
Jos. Streicher.

Schützenhaus Zeih.
 Sonnabend den 5. Febr. er.

großes humorist. theatral. Gesangskonzert
 ausgeführt von der Kapelle des Herrn Musikdirektor Frisch unter Mitwirkung des Arbeiter-Sängerchor.
 Vollständig neues, reichhaltiges und vorzügliches Programm.
 Anfang 8 Uhr. Nach dem Konzert Ball d. Arbeiter-Sängerchor.
 Die geehrten höchsten Mitglieder u. Freunde des Vereins, welche mit Einladungen überhört sind, werden hiermit höflich eingeladen.
 Fr. Frisch, Musikdirektor. Der Vorstand.

Schade's Schützenhaus.
 Zu dem am Sonntag den 30. Januar stattfindenden
Maskenball des Wandklubs Alpenveilchen
 empfehle diverse Braten, Kuchen u. s. w.

Restaur. Neumarkt-Bierhalle, Breitestr. 3.
 Sonntag **Familien-Abend.** Für Unterhaltung ist den 30. Januar. **Spezialität: Bodenschicht mit Concertmusik** bestens georgt.
 Es ladet ergebenst ein
E. Schiemann.

Deffauer Waldschlößchen
 Handweidstraße 21
 Morgen Sonntag den 30. d. M. **großer Narren-Abend**
 wozu freundlichst einladet
F. Schnell.

Roggen- und Weizenmehl
Anna Kallenberg,
 Niederlage der Steinmühle, Glauchaerstr. 31.
 Verkaufsstelle des Allgemeinen Roggen-Vereins.

Waren-Kredit-Haus Robert Blumenreich
 nur Halle a. S. nur
14 Leipzigerstraße 14
Möbel-Kredit-Haus.
 Kleine Anzahlungen!
 Spielend leichte Anzahlungen!
 Beim Kauf strengste Verzichtnahme.

VI. grosse Geflügel-Ausstellung

Verbandes der Geflügelzüchter-Vereine der Prov. Sachsen und der angrenzenden Länder, veranstaltet vom Ornithologischen Zentral-Verein für Sachsen und Thüringen in den Tagen vom 4. bis 7. Februar 1898 in „Freybers Garten“ zu Halle a. S., Krausenstraße 21, Galtstelle der elektrischen Stadtbahn.
 Die Ausstellung ist geöffnet von morgens 8 bis abends 6 Uhr.
 Eintritt pro Person: Am ersten Tage (Freitag) 1 Mark, an den übrigen Tagen 50 Pf.
 Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
 Das Ausstellungs-Komitee.



Zuschusskasse, Zeih.
 Sonntag den 13. Februar nachm. 3 Uhr
General- Versammlung
 in Wagners Restaurant, Schlegelstraße.
 Anträge und Beschlüsse sind schriftlich beim R. H. Herrn Ad. Wagner Ritterstr. 10 bis zum 11. Februar abends 6 Uhr einzuwenden. Der Vorstand.

Stadt-Theater in Halle a. S.
 Sonntag den 30. Januar 1898 nachmittags 3 Uhr.
 26 Prem. eintritt, bei kleinen Preisen.
Die Fledermaus.
 Operette in 3 Akten von Joh. Strauß.
 Abends 7 1/2 Uhr.
 133 Rollen. 31. Nacht, aus: Abon. Gastspiel der Madame de Zerane vom k. k. Theater in Rom.
Carmen.
 Große Oper in 4 Akten von G. Bizet.
 Montag den 31. Januar 1898.
 134 Rollen. 100. Modern-Oper.
 Farbe: gelb.
Der Burggraf.
 Historisches Schauspiel v. Joseph Lauff.

Thalia-Theater.
 Weißstraße 42a.
 Sonntag den 30. Januar.
 Nachmittags 4 Uhr.
 61. Spiel des Jahres: Kriemhilds Rache.
 (Wald-Oper).
Hänjel und Gretel.
 Abends 8 Uhr.
Der Hüttenbesitzer.
 (Gastspiel Rich. Wirth).
Gewöhnliche Vereine.
 Zum Ende des Monats: Gylins. 17. 4. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

Wahalla-Theater.
 Friedrich-Richard-Platz.
 Die drei Harbys, Brauerei-Kantinen auf den gelipponiten Drecksack.
 Die Familie del Odinto mit dem abgerichteten Bau der Dübden.
 Der William King u. das Urcis Jorell, altgriechisch-argentinische Hofgesellschaft.
 - Heines, Dale und Royton, argentinische Buckel-Romantiken.
 Die, Zarathustra-Einzelbühnen, Eroberer.
 Der Kaiser des Kaiserthums. Die Herren Helene und Alexandra von Odillon, Geheime-Beraterinnen.
 Der Max Walden Original-Gesellschafts- und Charakter-Duett.
 Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Jeden Sonntag nachmittags von 4-6 Uhr große **Nachmittags-Vorstellung.**
 Eltern, Vormünder, Erzieher u. s. w. haben das Recht, auf je ein Billet ein Kind frei dazu mitzubringen.
Restaurant zur Alten Promenade 17.
 Sonntag **Narrenabend.**
 H. Reineck.

Sonntag gemüthliches Beisammensein.
 Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Töpfer, Annenstraße 1.
R. Henschels Restaurant
 Raffineriestraße 5.
 Sonntag **großer Angusschmaus,**
 wozu ergebenst einladet D. D.
Restaur. Bernhardyhalle
 von A. Noack.
 Sonntag **großer Narrenabend.**
 Es ladet ergebenst ein D. D.

Zum heiteren Blick.
 Delischstraße 23.
 Sonntag **großer Narrenabend**
 wozu freundlichst einladet W. Eckhard.
Zentralhalle, Weichenfels
 Zu dem am Montag den 31. Januar stattfindenden **Kaffeekränzchen** ladet höflich ein **Otto Kloppe.**

§ 11. Deffauerstr. § 11.
 4.
 Sonnabend und Sonntag **groß. Narrenabend,**
 wozu höflich einladet Alb. Mohr.
 Beide Abende in Restaurant in Verbindung mit einer Feiernung.

Presslers Berg.
 Sonnabend und Sonntag **gr. Bobbierfest,**
 wozu freundlichst einladet Herr. Rehnert.
 Auch ist mein Saal und Vereinszimmer noch einmal zu verlei.
Restaurant Reinhold Wagner,
 Zeih, Rogatzstr. 17.
 Zu meinem am Dienstag den 1. Febr. stattfindenden **Kaffee-Kränzchen** ladet ergebenst ein **Reinhold Wagner.**

Luleichs Restaurant,
 Schweißschiffstr. 24.
 Sonntag den 30. Januar **erstes großes Narren-Fest**
 in festlich decorirten Räumen.
Narrentappen gratis.
 Zu zeitlichem Besuch ladet freundlichst ein **W. Luleich.**

Restaurant gold. Sahn.
 Sonntag **Narren-Abend.**
 Es ladet Freunde und Gönner ein **Fr. Hecklau.**
 Saubere Herrenmasken billig zu vermieten. Anhalterstr. 15, III. r.

Otto Schröders
 Restaur. z. Blume, Thorsstraße 29.
 Sonnabend den 29. Januar **zweites großes Narren-Fest,**
 wozu ergebenst einladet **Der Knelper.**
 D. Schröder.

Güte und Nutzen
 mochte zu billigen Preisen **Karl Bittner,**
 Fleischerstraße 41.
 Gebrauchte, gut erhaltene **Herren-Rover**
 von 80 M. an, sowie auch verschiedene **Damen- u. Kinder-Rover** sind preiswert zu verkaufen.
Albin & Paul Simon.
 Von heute an läßt täglich frisch verschiedene **Kuchen und Kaffeegebäck**
 Erste Halle'sche Brot-Fabrik
 Firma: F. G. Nebelung
 Laurentiusstr. 18.

C. Hammer
 42 Leipzigerstr. 42.
 Spezialität: **Regulateure.**
 1 Meter lang, 10 M. Reparaturen:
 Reparaturen 1 M., 2 M., 3 M., 4 M., 5 M., 6 M., 7 M., 8 M., 9 M., 10 M., 11 M., 12 M., 13 M., 14 M., 15 M., 16 M., 17 M., 18 M., 19 M., 20 M., 21 M., 22 M., 23 M., 24 M., 25 M., 26 M., 27 M., 28 M., 29 M., 30 M., 31 M., 32 M., 33 M., 34 M., 35 M., 36 M., 37 M., 38 M., 39 M., 40 M., 41 M., 42 M., 43 M., 44 M., 45 M., 46 M., 47 M., 48 M., 49 M., 50 M., 51 M., 52 M., 53 M., 54 M., 55 M., 56 M., 57 M., 58 M., 59 M., 60 M., 61 M., 62 M., 63 M., 64 M., 65 M., 66 M., 67 M., 68 M., 69 M., 70 M., 71 M., 72 M., 73 M., 74 M., 75 M., 76 M., 77 M., 78 M., 79 M., 80 M., 81 M., 82 M., 83 M., 84 M., 85 M., 86 M., 87 M., 88 M., 89 M., 90 M., 91 M., 92 M., 93 M., 94 M., 95 M., 96 M., 97 M., 98 M., 99 M., 100 M.

Bücklinge Bücklinge
 Offiziere aus heutiger Waggon-Ladung v. 60 bis 80 Pf. schwer, 80 Pf. Th. Falcke, Leipzigerstr. 44.
Gut schlagende Kanarien.
 Von meinem auf letzter Ausstellung wiederholten Ehren-exhib. und zweiten Preis prämierten Stamm gebe noch einige gute **Söhne** zur Sicht billig ab.
J. Kaptur, Dreyhauptstr. 1, III. I.

Paul Schneider
 Eisenwaren-Handlung
 Weichenburgstr. 4

Paul Schneider
 Eisenwaren-Handlung
 Weichenburgstr. 4

